

Änderung des Mutterschutzgesetzes ab dem 01.01.2018

Was ist der „Mutterschutz“ eigentlich?

Unter dem „Mutterschutz“ versteht man Schutzbestimmungen zu Arbeitsbedingungen während der Schwangerschaft, wie sie im Mutterschutzgesetz festgehalten sind. Diese Schutzbestimmungen betreffen beispielsweise die Arbeitszeiten, das Arbeitsumfeld und die Arbeit mit Gefahrenstoffen. 6 Wochen vor und 8 (bei Mehrlingsgeburten 12) Wochen nach der Entbindung gilt ein komplettes Beschäftigungsverbot.

Wie war die bisherige Regelung?

Bisher galt das Mutterschutzgesetz nicht automatisch für schwangere Studentinnen. Wollte eine Studentin den Mutterschutz in Anspruch nehmen, um beispielsweise eine Verlängerung von Abgabefristen zu erwirken oder ihre Abwesenheit in Veranstaltungen zu begründen, musste sie dies dem zuständigen Prüfungsamt melden.

Was ändert sich ab dem 01.01.2018?

In der neuen Fassung des Mutterschutzgesetzes wird explizit genannt, dass Schülerinnen und Studentinnen auch unter die Regelungen des Gesetzes fallen. Damit gilt für sie ebenso wie für Arbeitnehmerinnen, dass sie ihren Vorgesetzten, also die Universität, über ihre Schwangerschaft informieren sollen, so dass dieser dafür Sorge tragen kann, dass die Schutzbestimmungen eingehalten werden. Ein Verzicht auf einzelne Aspekte des Mutterschutzes, wie beispielsweise das Arbeitsverbot nach 20 Uhr, ist möglich, muss jedoch explizit, in schriftlicher Form vorgelegt werden.

Was bedeutet das für schwangere Studentinnen an der Uni?

Zukünftig soll eine Person zentral für die Meldung der Schwangerschaft zuständig sein, und die vertraulichen Daten nur an die jeweils zuständigen Prüfungsämter weiterleiten. Das genaue Verfahren und die Zuständigkeiten werden momentan noch durch Uni erarbeitet. Wann genau die verantwortliche Person feststeht, ist noch nicht bekannt.

Pascale Jenß
Autonomes Referat für Studierende mit familiären Verpflichtungen